

Luzerner Beiträge zur Rechtswissenschaft (LBR)

Herausgegeben von Jörg Schmid im Auftrag der
Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Luzern

Band 122

Bettina Alexandra Tanner

**Das Teilnahmerecht der
Privatklägerschaft nach
Art. 147 StPO und seine
Grenzen**

Schulthess § 2018

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	XVII
Literaturverzeichnis.....	XXIII
Materialienverzeichnis.....	XXXVII
1. Kapitel: Einleitung	1
2. Kapitel: Gegenstand der Arbeit.....	5
1. Teil: Die Privatklägerin als teilnahmeberechtigte Partei	7
1. Kapitel: Die wandelnde Stellung der geschädigten Person im Strafverfahren	7
I. Das Verfahrensrecht der Schweiz	7
II. Die geschädigte Person: vom zufälligen Opfer zur mitwirkenden Partei	8
1) Einleitende Bemerkungen.....	8
2) Von der Römischen Republik zum Spätmittelalter.....	9
3) Von der Aufklärung bis Mitte des 20. Jahrhunderts	11
4) Kantonale Strafprozessordnungen	13
III. Fazit der historischen Entwicklung vor Einführung der Strafprozessordnung.....	13
IV. Opferbezogene Gesetzgebung in der Schweiz	16
1) Das Opfer als Thema der Kriminologie.....	16
2) Das Opferhilfegesetz.....	18
a) Die Entstehung und der Zweck	18
b) Die Abgrenzung des Opfers von den übrigen Geschädigten...	19
V. Die Schweizerische Strafprozessordnung	21
1) Die Geschädigtenrechte vor 2011	21
a) Die Adhäsionsklage.....	21
b) Die Vorläufer der Strafklage	21
c) Die Privatstrafklage.....	22
d) Fazit zur Verletztenstellung in den kantonalen Strafprozessordnungen.....	23
2) Der Vereinheitlichungsprozess	24

a) Die Idee	24
b) Der Einfluss der EMRK	25
c) Das Konzept der Expertenkommission und seine Umsetzung im Vorentwurf.....	27
i) «Aus 29 mach 1»	27
ii) Der Vorentwurf.....	30
d) Von der Vernehmlassung zur Botschaft.....	33
e) Die parlamentarischen Beratungen.....	35
3) Berücksichtigung von Geschädigteninteressen in der Schweizerischen Strafprozessordnung – ein Zwischenfazit	36
2. Kapitel: Der Privatkläger im aktuellen Strafprozess	44
I. Einleitende Bemerkungen	44
II. Terminologie	44
1) Die geschädigte Person als Partei	44
2) Die Abgrenzung der Partei vom Verfahrensbeteiligten	46
III. Die Privatklägerschaft im Besonderen	49
1) Einleitende Bemerkungen.....	49
2) Die unmittelbare Verletzung.....	51
a) Allgemeines.....	51
b) Die Unmittelbarkeit der Schädigung	52
c) Delikte gegen die Allgemeinheit	53
d) Gefährungsdelikte	55
3) Parteistellung bei indirektem Schaden.....	57
a) Regel.....	57
b) Ausnahmen.....	57
i) Subrogation.....	57
ii) Angehörige.....	59
iii) Weitere indirekt Geschädigte.....	62
4) Die Annahme der unmittelbaren Schädigung bei Antragsdelikten.....	63
5) Zusammenfassung	64
IV. Die konstituierende Erklärung.....	65
1) Einleitende Bemerkungen.....	65
2) Der Strakläger.....	66
3) Der Zivilkläger.....	67
4) Die Rechtsnatur der Erklärung nach Art. 118 StPO	68
5) Verweigerte Verfahrensteilhabe	69
6) Zeitrahmen.....	73

a) Gesetzliche Regelung.....	73
b) Rechte des Geschädigten vor der Erklärung.....	74
c) Verspätete Erklärung.....	75
d) Zulassung behördlicher Fristen	77
7) Übergangsrechtliche Regelung.....	78
V. Die Aufklärungspflichten der Strafverfolgungsbehörde	78
1) Allgemeines	78
2) Inhalt der Aufklärung.....	79
3) Grenzen der Aufklärungspflicht	80
4) Folgen der unterlassenen Aufklärung	80
VI. Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Straf- und Zivilkläger	82
1) Einleitende Bemerkungen.....	82
2) Die Wahl des Rechtswegs.....	82
3) Die Interpretation des Strafantrages.....	84
4) Die Auswirkungen der privatklägerischen Wahl auf die Beschwerdelegitimation vor Bundesgericht	85
a) Aktuelle Lage	85
b) Geplante Änderung des Bundesgerichtsgesetzes	88
VII. Der Verzicht nach Art. 120 StPO.....	90
1) Allgemeines	90
2) Verzicht und Rückzug bei Antragsdelikten	91
3) Verzicht auf Verfahrensrechte = Verzicht auf Parteistellung?	92
3. Kapitel: Exkurs: Die Privatklägerschaft in besonderen Fällen.....	93
I. Schuldunfähigkeit des Beschuldigten	93
II. Jugendstrafverfahren	94
III. Militärstrafverfahren	95
IV. Verwaltungsstrafverfahren	96
V. Juristische Person als beschuldigte Partei	97
2. Teil: Das Teilnahmerecht gemäss Art. 147 StPO	99
1. Kapitel: Grundlagen	99
I. Der praktische Anwendungsbereich des Teilnahmerechts.....	99
II. Rechtsquellen	104
1) Nationales Recht.....	104
2) EMRK.....	106

III. Die Begründung des Teilnahmerechts	107
1) Die Doppelnatur des Teilnahmerechts	107
2) Vollständigkeit der Sachverhaltsermittlung	108
3) Achtung der Menschenwürde	110
4) Der Zweck des Teilnahmerechts in Sonderfällen	112
IV. Inhalt des Teilnahmerechts	112
1) Das Recht auf Anwesenheit	112
2) Das Recht auf Fragen	114
3) Der Anspruch auf rechtzeitige Einladung	118
4) Das Recht auf den Beizug eines Rechtsbeistandes oder Dolmetschers	120
a) Das Recht des Privatklägers auf einen Beistand	120
b) Mehrfachvertretung	121
c) Der Anspruch auf einen Dolmetscher	122
2. Kapitel: Beweisabnahmen im Sinne von Art. 147 Abs. 1 StPO	123
I. Zuständigkeit für Beweiserhebungen	123
1) Das Mittelbarkeitsprinzip der StPO	123
2) Beweiserhebungen durch den Richter	124
3) Anklageprüfungsverfahren	127
4) Zwischenfazit	129
II. Der Teilnahme offen stehende Beweiserhebungen	130
1) Einleitende Bemerkungen	130
2) Beweiserhebungen i.S.v. Art. 147 Abs. 1 StPO	130
3) Einfluss der Parteien auf das Beweisthema	133
4) Grundsätzlicher Ausschluss des Teilnahmerechts bei polizeilichen Beweiserhebungen	135
a) Selbständige polizeiliche (Vor-)Ermittlungen	135
b) Unselbständige polizeiliche Ermittlungen	139
5) Beweiserhebungen in Zusammenhang mit Zwangsmassnahmen	141
6) Beweiserhebungen anlässlich der Hauptverhandlung	143
7) Beweiserhebungen per Rechtshilfe	144
8) Einvernahmen per Videokonferenz oder auf dem Schriftweg	145
9) Verfahrenshandlungen auf Verlangen des Bundes oder eines anderen Kantons	147
III. Wiederholung bei verhinderter Teilnahme	147
1) Zwingende Verhinderung	147

2) Verzicht der Staatsanwaltschaft auf Wiederholung	150
3) Die Wiederholung einer Beweisabnahme.....	153
IV. Fazit.....	155
3. Kapitel: Zulässige Einschränkungen	157
I. Einleitende Bemerkungen	157
II. Überprüfbarkeit der Zulässigkeit von Parteirechtseinschränkungen während des Untersuchungsverfahrens	158
1) Verweigerung der beantragten Teilnahme.....	158
2) Abgelehnter Antrag betr. Aktenentfernung	164
III. Parteirechtseinschränkungen zu Lasten der Privatklägerschaft.....	171
1) Einleitende Bemerkungen.....	171
2) Beweiserhebungen im Geltungsbereich der kantonalen Prozessordnungen	173
3) Einschränkungen des rechtlichen Gehörs gemäss Art. 108 StPO.....	173
a) Verdacht des Rechtsmissbrauchs	173
b) Sicherheit von Personen	176
c) Wahrung von Geheimhaltungsinteressen	177
d) Gemeinsame Bestimmungen.....	179
4) Art. 146 StPO als Einschränkunggrundlage?.....	180
a) Getrennte Einvernahme gemäss Art. 146 Abs. 1 StPO	180
b) Vorübergehender Ausschluss gem. Art. 146 Abs. 4 StPO	182
IV. Weitere Einschränkungsgründe.....	186
1) Bedürfnis nach weiteren Einschränkungsmöglichkeiten	186
2) Erweiterung des gesetzlichen Katalogs	187
3) Keine Notwendigkeit der Teilnahme zur Wahrung eigener Rechte	190
4) Einschränkung gestützt auf das Beschleunigungsgebot.....	193
5) Mangelnde Praktikabilität der Teilnahme.....	194
6) Analoge Anwendung von Art. 101 Abs. 1 StPO	196
7) Konventionsrechtliche Auslegung von Art. 147 Abs. 1 StPO	201
V. Verzicht auf die Teilnahme	202
VI. Zusammenfassung.....	206

3. Teil: Die Rechtsfolgen der Verletzung des Teilnahmerechts (Art. 147 Abs. 4 StPO).....	207
1. Kapitel: Ausgangslage	207
2. Kapitel: Beweisverwertungsverbote	210
I. Beweisverbote der StPO.....	210
II. Sinn und Zweck von Beweisverwertungsverbotten	213
1) Schutz der Wahrheitsfindung.....	213
2) Disziplinierung der Strafverfolgungsbehörden.....	214
3) Schutz der Persönlichkeit des Beschuldigten und Strafzwecke...	215
4) Gewährleistung eines fairen Verfahrens	216
5) Fazit	217
 3. Kapitel: Die Rechtsfolge bei Verletzung des Teilnahmerechts	 221
I. Differenzierung nach Anwesenheits- und Fragerecht	221
II. Eintritt der Verletzung.....	223
1) Wiederholung der betroffenen Beweiserhebung.....	223
2) Heilung der Verletzung des Teilnahmerechts.....	224
III. Voraussetzungen für den Eintritt der Rechtsfolge gemäss Art. 147 Abs. 4 StPO	226
1) Problematik der Umsetzung.....	226
2) Anspruch des Privatklägers auf Unverwertbarkeit i.S.v. Art. 147 Abs. 4 StPO contra Belastungsverbote zu Gunsten Beschuldigter	228
3) Die Bedeutung des betroffenen Beweises innerhalb der Beweiskette.....	231
4) Entscheide zum Nachteil des Privatklägers	232
a) Nachteiliger Entscheid aus Sicht des Strafklägers.....	233
b) Nachteiliger Entscheid aus Sicht des Zivilklägers.....	234
c) Verfahrenskosten und Entschädigung	236
5) Kausalität und Entscheidungsrelevanz.....	238
6) Fazit	242

4. Teil: Zusammenfassung und Überlegungen de lege ferenda....	245
1. Kapitel: Zusammenfassung	245
2. Kapitel: Überlegungen de lege ferenda	248
Sachregister	251